



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

4.3	Grünanlage und Spielplatz Ifflandstraße: Lieferung und Einbau von Mehrgenerationen-Spielgeräten, Finanzierung aus Sondermitteln der Bezirksversammlung Gemeinsamer Antrag von SPD- und GRÜNE-Fraktion Drucksache: 20-5093	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Fachbereich Stadtgrün hat in der Sitzung des RegA. am 12.12.2016 die Ergebnisse des öffentlichen Beteiligungsverfahrens vom 16.11.2016 für die Grünanlage und den Spielplatz Ifflandstraße vorgestellt.

Im Beteiligungsverfahren gab es seitens der Hartwig-Hesse-Stiftung, die in ihren direkt angrenzenden Räumlichkeiten in einer Tagespflege demenzerkrankte Menschen betreut, den Wunsch/Vorschlag in der Grünanlage im Umfeld des Spielplatzes Mehrgenerationen-Spielgeräte vorzusehen, da von diesen durch die motorisch ausgelegten Übungen ein positiver Effekt ausgeht. Da durch die Geräte die Grünanlage auch die ältere Nutzergruppe erschlossen wird, fand der Vorschlag eine breite Zustimmung im Beteiligungsverfahren.

Hierdurch würden Kosten in Höhe von voraussichtlich 20.500 € entstehen, die - da Mehrgeneration-Spielgeräte nicht zur Regel-Ausstattung einer Grünanlage oder Spielplatzes gehören - nicht durch die zur Verfügung gestellten Investitionsmittel abgedeckt sind.

Petitum/Beschlussvorschlag:

Die Bezirksversammlung möge beschließen, dass dem Fachbereich Stadtgrün Mittel in Höhe von 20.500,00 EUR für die Lieferung und Einbau von Mehrgenerationen-Spielgeräten aus dem Förderfonds der Bezirksversammlung -investiv- zur Verfügung gestellt werden.

SPD-Fraktion
Domres, Thomas
Gronau, Ralf-Georg

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Werner-Boelz, Michael

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT
der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

4.4	Chance nutzen und Proberäume in Barmbek für Musiker_innen schaffen! Gemeinsamer Antrag von SPD-, GRÜNE- und DIE LINKE-Fraktion Drucksache: 20-5095	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Hamburg ist eine kulturell vielseitige und lebendige Stadt und nennt sich zurecht Musikstadt. Die Handelskammer hat sogar die Vision, Hamburg bis 2025 zur Musikstadt Nummer eins in Deutschland zu machen (vgl. Standpunkte - Musikstadt Hamburg, Handelskammer August 2014). Hamburg trägt mit der Hochschule für Musik und Theater, der Staatlichen Jugendmusikschule, dem Hamburger Konservatorium (Akademie & Musikschule), Hamburg School of Music etc. sehr viel für die Schaffung von Nachwuchsmusikerinnen und -musiker bei.

Leider hat sich die ohnehin schon unzureichende Versorgung mit Proberäumen für Musikerinnen und Musiker in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Viele Proberäume mussten anderen Verwendungszwecken weichen und wurden überwiegend nicht ersetzt. Teilweise werden vorhandene Möglichkeiten lediglich stundenweise hochpreisig angeboten, was die Situation zusätzlich verschärft. Die Proberäume, die noch monatsweise zu mieten sind, haben trotz hoher Mieten ellenlange Wartelisten und werden wenn, von den Vormietern direkt an befreundete Bands vergeben. Neue Bands haben kaum eine Chance. Reguläre Neuvermietung findet kaum noch statt.

In Hamburg-Nord ist der Versuch, ein Musikerzentrum in Barmbek-Süd anzusiedeln gescheitert. Zurzeit ist ein Bunker der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der Habichtstraße 37, der für die Nutzung als Musikbunker geeignet ist, in der Vermarktung (siehe: <https://www.immowelt.de/expose/2H24R43>).

Damit das bezirkliche sowie städtische Ziel, Proberäume für Musikerinnen und Musiker zu schaffen erreicht werden kann, ist es notwendig hier ein politisches Signal zu setzen.

Petition/Beschluss:

Vor diesem Hintergrund wird die Bezirksversammlung gebeten zu beschließen:

Die Bezirksversammlung Hamburg-Nord spricht sich für die Schaffung von Proberäumen in Hamburg-Nord aus und bittet:

1. Den Bezirksamtsleiter die Verwaltung anzuweisen, mögliche Maßnahmen mit dem Ziel, den Hochbunker Habichtstraße 37 der Nutzung als Musikbunker zu zuführen, umzusetzen.
2. Das Vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung die zuständige Abteilung des Denkmalschutzamtes davon in Kenntnis zu setzen, dass die Bezirksversammlung Hamburg-Nord sich für die Einhaltung des Denkmalschutzes des Hochbunkers in der Habichtstraße 37 ausspricht.
3. Dass das Vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung die Kulturbehörde bittet, das Ziel, den Hochbunker Habichtstraße 37 der Nutzung als Musikbunker zu zuführen, zu unterstützen.

SPD
Thomas Domres
Carsten Gerloff

Grüne
Michael Werner-Boelz

DIE LINKE
Karin Haas
Rachid Messaoudi

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE
Gegenstimmen :
Stimmenthaltungen : CDU



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

4.5	Bezuschussung aus Sondermitteln Drucksache: 20-5097
------------	--

Petition/Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Nord möge beschließen:

Folgende Einrichtungen erhalten eine Zuschuss aus den Sondermitteln der Bezirksversammlung Hamburg-Nord:

Bauspielplatz Rübezahl
für Baumfällmaßnahmen
3.094,00 EUR

Borsteler Tisch (Heilsarmee)
für die Miete eines Übergangsfahrzeuges
2.500,00 EUR

Ilse-Löwenstein-Schule
für die Anschaffung eines Soccerfield
45.000,00 EUR

Domres, Thomas
Gronau, Ralf-Georg
SPD-Fraktion

Werner-Boelz, Michael
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN /

Abstimmungsergebnis:

3.094 € für den Bauspielplatz Rübezahl:
Einstimmig beschlossen

Der Antrag wird bezüglich der Sondermittelanträge Borsteler Tisch und der Ilse-Löwenstein-Schule in die Bezirksversammlung überwiesen.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

5.1	Verwendung der Mittel aus dem „Quartiersfonds bezirkliche Stadtteilarbeit“ für das Jahr 2018 Drucksache: 20-5063	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Aus den Mitteln der Bürgerschaft „Quartiersfonds bezirkliche Stadtteilarbeit“ stehen dem Bezirk gem. Drs. 21/6976 € 1.039.935,- für 2018 zur Verfügung. Die Summe setzt sich wie folgt zusammen.

Anteil von 2 Mio. gem. Bevölkerung: € 325.650,-
Anteil von 2 Mio. durch 7 : € 285.714,-
Gesamt € 611.364,- (stehen direkt zur Verfügung)

Anteil von 3 Mio. durch 7: € 428.571,- (können bei der Finanzbehörde beantragt werden, wenn die beiden 1. Tranchen verbraucht sind)

Insgesamt zur Verfügung: **1.039.935,-**

Das Bezirksamt legt hiermit einen Verteilungsvorschlag für die Mittel vor, der nach der Bestätigung durch die Bezirksversammlung zügig umgesetzt werden kann. Der Vorschlag bezieht sich auf die gesamten Mittel in Höhe von € 1.039.935,-. Die Praxis in 2017 hat gezeigt, dass die FiB alle reservierten Mittel frei gibt, sobald entsprechende Beschlüsse von Bezirksversammlung oder Hauptausschuss vorliegen.

Mögliche Reste aus den Zuwendungen in 2017 sind in der Planung nicht berücksichtigt, da deren Höhe noch nicht fest steht und diese erfahrungsgemäß sehr spät im Jahr übertragen werden. Das Bezirksamt wird den jeweils aktuellen Mittelstand im Haushaltsausschuss im Rahmen der regelmäßigen Berichtsdrucksache „Mittelstand flüchtlingsbedingter Finanzmittel“ bekannt geben und bei der Vorlage von unterjährigen Anträgen (beides wurde bereits in 2017 praktiziert).

Eine tabellarische Übersicht der vorgeschlagenen Maßnahmen in 2018 kann der **Anlage 0** entnommen werden.

Bei der vorliegenden Planung verbleibt eine Summe von **€ 285.125,- frei verfügbar**, die für unterjährige Bedarfe und Projekte eingesetzt werden können. Im Hinblick auf die Eröffnung der Unterkünfte Loogestraße, Averhoffstraße, Ohkamp und Papenreya in 2018 ist davon auszugehen, dass entsprechende Bedarfe entstehen werden.

Bei den vorliegenden Vorschlägen orientiert sich das Bezirksamt an der Zielsetzung Bürgerhäuser, Community-Center, Stadtteilkulturzentren, Stadtteilbüros, Beiräte, weitere

Stadtteileinrichtungen und Einzelprojekte, die einen wichtigen Beitrag zur sozialen Infrastruktur leisten dauerhaft in ihrem Bestand und ihre Arbeit abzusichern. Alle Maßnahmen leisten einen erfolgreichen Beitrag im jeweiligen Quartier und/oder die entsprechende Zielgruppe. Das Bezirksamt befindet sich hierzu im Austausch mit den jeweiligen Trägern und Stadtteilen. Regelmäßig werden im Rahmen der Zuwendungsprüfung Verwendungsnachweise und Sachberichte abgefordert.

Für Vorschläge, in denen Träger benannt werden, liegen entsprechende Anträge vor bzw. sind angekündigt. Lediglich beim Stadtteilrat Barmbek-Süd weichen Antrag und Vorschlag des Bezirksamtes voneinander ab (s. Anlage 2).

Bei Vorschlägen, bei denen das Bezirksamt als Träger eingetragen ist, werden die Vorhaben direkt durch das Bezirksamt abgerechnet.

Für die Zuwendungen hat das Bezirksamt die Kriterien des Bürgerschaftsbeschlusses zu Grunde gelegt:

1. Die Arbeit der Einrichtung/des Projekts ist durch den Wegfall von (befristeten) Finanzierungen teilweise oder im Ganzen gefährdet.
2. Es handelt sich um eine Einrichtung/ein Projekt, das für die soziale Infrastruktur in einem Stadtteil von erheblicher Bedeutung ist.
3. Die Angebote dürfen sich nicht mit anderen Angeboten überschneiden und müssen einer Nachfrage/einem Bedarf entsprechen.

Neu hinzugekommen sind Vorhaben, die im Zusammenhang mit neuen Unterkünften und dem Vertrag mit der Initiative für gute Integration stehen (z.B. Verfügungsfonds Klein Borstel).

Die Anlagen 1 bis 37 enthalten für jedes Projekt/jede Maßnahme ausführliche Informationen und Begründungen, daher wird an dieser Stelle nur eine Kurzübersicht in Stichworten zur schnellen Orientierung geliefert.

Centermanagement Barmbek Basch, € 78.000,- (Anlage 1)

Das Centermanagement des Barmbek Basch wirkt mittlerweile auch stark in den Stadtteil (z.B. über Netzwerktreffen oder Veranstaltungen) und hat sich 2016 erfolgreich um eine Förderung als Mehrgenerationenhaus beworben. Der Ansatz soll um € 3000,- erhöht werden.

Stadtteilrat Barmbek-Süd € 12.500,- (Anlage 2)

Der Stadtteilrat hat kontinuierlich weiter gearbeitet und begonnen das Themenspektrum zu erweitern. Bei der Förderung wird vorgeschlagen, die Förderung auf dem Niveau von 2017 zu belassen.

Verfügungsfonds Barmbek-Süd € 2.500,- (Anlage 3)

Förderung wie in 2017

Stabilisieren der Beteiligungsstrukturen vor Ort nach Auslaufen des Quartiers als Stadtentwicklungsgebiet.

ELLA Kulturhaus, € 85.000,- (Anlage 4)

Förderung wie 2017

Im September 2017 konnten der kleine Anbau und die barrierefreie Umgestaltung fertig gestellt werden. Das Ella nutzt diese Chancen mit Hilfe eines aufgestockten Personalkörpers und in 2018 ist mit einer Zunahme von Kursen und Veranstaltungen zu rechnen.

Stadtteilverein Essener Straße, € 20.000,- (Anlage 5)

Förderung wie 2017

Der Stadtteilverein bildet neben dem Kulturhaus ELLA die zweite wichtige Säule der Verstärkung der Aktivitäten, die im Rahmen von RISE in dem Gebiet angeschoben wurden.

Verfügungsfonds Essener Straße € 5.000,- (Anlage 6)

Wie in 2017

Bewährte Beteiligungsstrukturen fördern und anerkennen.

Bildungsportal Hamburg aktiv, € 6.660,- (Anlage 7)

Erhöhung um € 460,-.

Das Bildungsportal wird gemeinschaftlich von allen Bezirken, BASFI und der BSB finanziert.

Selbstlernzentrum Essener Straße, € 10.000,- (Anlage 8)

Förderung wie 2017

Das Selbstlernzentrum wird hauptsächlich durch BSB- und ESF-Mittel gefördert. Die €10.000 sind die Kofinanzierung des Bezirks.

Verfügungsfonds Dulsberg, € 15.000,- (Anlage 9)

Erhöhung auf um 12.500 €

Der Stadtteil Dulsberg ist Fördergebiet gem. RISE im Fördersegment Städtebaulicher Denkmalschutz. In Absprache mit der BSW wird die Förderperiode verlängert und die Aktivitäten um Beteiligungsaspekte erweitert. Damit einher geht auch eine Erhöhung des Verfügungsfonds, der anteilig von der BSW mitfinanziert wird. Hiermit soll der Stadtteil stärker als bisher in die Aktivitäten einbezogen werden und ggf. neue Maßnahmen entwickelt werden.

Nachbarschaftstreff Dulsberg, € 20.000,- (Anlage 10)

Förderung wie in 2017

Abfedern von Kürzungen, Absicherung der Arbeit.

Geschichtswerkstätten, € 30.000,- (Anlage 11)

Förderung wie 2017

Vergabe durch den BKS entsprechend aktueller Bedarfe.

Stadtteilkulturzentren, € 30.000,- (Anlage 12)

Förderung wie in 2017.

Vergabe durch den BKS entsprechend aktueller Bedarfe.

Stadtteilrat Barmbek-Nord, € 5.000,- (Anlage 13)

Förderung wie 2017.

Stabilisieren der Beteiligungsstrukturen vor Ort nach Auslaufen des Quartiers als Stadtentwicklungsgebiet.

Verfügungsfonds Barmbek-Nord, € 2.500 (Anlage 14)

Förderung wie 2017

Stabilisieren der Beteiligungsstrukturen vor Ort nach Auslaufen des Quartiers als Stadtentwicklungsgebiet.

Pottkieker auf dem Dulsberg, € 25.000 (Anlage 15)

Förderung wie in 2017

Der Beitrag soll helfen das Projekt zu stabilisieren und bildet einen Baustein der gemischten Gesamtfinanzierung aus Zuschuss Bezirksamt, Zuschuss BASFI, Spenden einzelner und dem Spendenfonds aus der Einmalaktion, als der Pottkieker kurz vor der Schließung stand.

Martini Erleben, € 6.000,- (Anlage 16)

Förderung wie 2017

Das Projekt wurde in 2015 erstmals aus dem Quartiersfonds gefördert. Es werden verschiedene nachbarschaftliche Aktivitäten organisiert (z.B. Repaircafé), eine jährliche Planungswerkstatt durchgeführt und die Entwicklung des Neubaus auf dem ehemaligen Krankenhausgelände („Martini 44“) aktiv begleitet.

Freiwilligenagentur Hamburg-Nord, € 15.300,- (Anlage 17)

Förderung wie 2017

Der neue Standort hat sich bewährt und zu einem erhöhten Aufkommen an Beratungen geführt.

Runde Tische Integration, € 30.000 (Anlage 18)

Förderung wie in 2017

Die Mittel dienen zur Finanzierung von Mikro-Projekten, die aus Beteiligungsverfahren und dem Dialog mit den in Hamburg-Nord ansässigen Migranten-Selbst-Organisationen entstehen (MSO).

Sprachcafe Essener Straße € 5.000,- (Anlage 19)

Förderung wie in 2017

Absichern der erfolgreichen niedrigschwelligen Sprachförderung, die aus einem Beteiligungsprojekt hervorgegangen ist.

Lesehaus Dulsberg, € 5.000,- (Anlage 20)

Förderung wie in 2017

Absicherung des erfolgreichen Projektes.

Beratung von Migranten bei Globus, € 5000,- (Anlage 21)

Förderung wie 2017

Die fachliche Anbindung bei Globus hat sich bewährt, da der Träger mit vielen MSO in Kontakt und als Angebot für Migranten etabliert ist.

Umgestaltung und Betrieb des Spielhauses Stammannstraße, € 20.000,- (Anlage 22)

Das Spielhaus soll sukzessive in einen Treffpunkt für Migranten und Integrations-Initiativen umfunktioniert werden. Vorbild ist die Welcome-Lounge der Initiative Welcome to Barmbek. Das Geld soll der Deckung der Betriebskosten dienen und ggf. kleinerer Umbauarbeiten/Ausstattungen.

Geschichtswerkstatt Barmbek € 11.000,- (Anlage 23)

Förderung wie 2017

Der Etat der Geschichtswerkstatt ist aufgestockt worden, um eine sozialversicherungspflichtige Stelle zu finanzieren. Die Geschichtswerkstatt nimmt innerhalb der GW in Hamburg-Nord eine Koordinierungsfunktion ein und unterstützt die Arbeit des Stadtparkvereins.

Gesundheits- und Integrationsprojekte im Gebiet Essener Straße € 5.000,- (Anlage 24)

Förderung wie 2017

Der Stadtteilverein Leila führt in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt verschiedene kleinere Gesundheits- und Integrationsprojekte fort, die im Rahmen von RISE entwickelt wurden und sich bewährt haben.

Stadtteilverhaben in Alsterdorf € 6.000,- (Anlage 25)

Neu in 2018

Das Projekt Q8 der Evangelischen Stiftung Alsterdorf hat einen breit angelegten Beteiligungs-Prozess im Stadtteil Alsterdorf angeschoben. Für 2018 sind weitere Stadtteilversammlungen, AG's und ein Fest geplant.

Mobilitätsprojekt für Senioren in Langenhorn € 3.700,- (Anlage 26)

Neu in 2018

Die Schiffszimmerergenossenschaft hat in 2017 ein Projekt begonnen, bei dem Senioren mit Hilfe eines Bustransfers Einkaufsmöglichkeiten erhalten bzw. eröffnet werden.

Nisa aktiv, Gruppenarbeit mit jungen geflüchteten Frauen € 26.400,- (Anlage 27)

Förderung wie 2017

Das Angebot der Bildungs- und Beratungskarawane wird sehr gut angenommen. Das Besondere hieran ist, dass Frauen mit Migrationshintergrund gezielt in die Arbeit mit geflüchteten Frauen eingestiegen sind.

Gruppenarbeit mit traumatisierten Kindern € 13.750,- (Anlage 28)

Förderung wie 2017

Die Interkulturelle Waldorfpädagogik bietet gezielt Gruppenangebote für traumatisierte Kinder an. Das spezielle Angebot wird sehr gut angenommen und vornehmlich in der Unterkunft Jugendpark angeboten, in der viele Familien mit Kindern wohnen und die schlecht mit dem ÖPNV zu erreichen ist.

Welcome Lounge in Barmbek € 28.000,- (Anlage 29)

Förderung wie 2017

Da die Welcome Lounge sehr gut angenommen wird, ist es notwendig die Öffnungszeiten mit Hilfe von Honorarkräften zu gewährleisten. Mit dem ursprünglich rein ehrenamtlichen Engagement ist dies ansonsten nicht möglich.

Gebietsentwickler Ohkamp € 70.000,- (Anlage 30)

Neu in 2018

Gem. der Vereinbarung mit der Initiative für gute Integration sollen an allen Unterkunftsstandorten mit der Perspektive Wohnen (UPW) Beiräte und Gebietsentwickler eingesetzt werden, um eine möglichst gute Integration der Standorte in die Stadtteile zu gewährleisten.

Verfügungsfonds Beirat Klein Borstel € 2500,- (Anlage 31)

Förderung wie 2017

Im Bürgervertrag zur Unterkunft Große Horst in Klein Borstel wurde die Gründung eines Beirats vereinbart, dem ein Verfügungsfonds zur eigenen Verteilung bereitgestellt wird.

Fahrradwerkstatt Jarrestadt € 4.000,- (Anlage 32)

Neu in 2018.

Die Fahrradwerkstatt richtet sich an Jugendliche aus dem Stadtteil und aus Unterkünften. Sie wurde bisher aus Mitteln des Ehrenamtsfonds finanziert. Die semiprofessionellen Strukturen lassen dies aber nicht mehr zu, so dass der Quartiersfonds hier als geeignet eingesetzt werden kann.

Kurse an Elternschulen € 6.000,- (Anlage 33)

Förderung wie 2017

Die beiden Elternschulen in Barmbek und Langenhorn haben mit Hilfe von geeigneten Honorarkräften zusätzliche Angebote für Bewohnerinnen von Unterkünften entwickelt, die gut angenommen werden.

Frühe Hilfen im Kinder- und Familienzentrum € 60.000,- (Anlage 34)

Neu in 2018.

Das Kinder- und Familienzentrum Barmbek soll seinen Bereich Frühe Hilfen ausbauen und gezielt Angebote in Unterkünften in Kooperation mit der Mütterberatung vorhalten.

Förderung Jugendclub Suckweg € 30.000,- (Anlage 35)

Neu in 2018.

Der Jugendclub hat in 2017 verstärkt Angebote für jugendliche Migranten entwickelt. Dies soll in verringerter Form weitergeführt werden.

Villa Dulsberg € 55.000,- (Anlage 36)

Neu in 2018.

Die Villa Dulsberg hat bereits jetzt den Auftrag Nachbarschaft und Stadtteil zu fördern. Dies soll perspektivisch verstärkt und Synergien mit dem Projekt Globus entwickelt werden.

Petition/Beschluss:

Es wird um Kenntnisnahme und Zustimmung gebeten.

Harald Rösler

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE
Gegenstimmen :
Stimmenthaltungen : CDU



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

5.2	Fonds Sportangebote für Flüchtlinge Drucksache: 20-5031	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der SC Urania beantragt für die Durchführung von Schwimmangeboten Mittel in Höhe von 9.466 €.

Der Antrag entspricht grundsätzlich den Vorgaben des Sportfonds. Die Besonderheit liegt darin, dass hier ein Verein aus Hamburg-Nord (SC Urania) ein Angebot in Wandsbek durchführt. Dies ist für den Verein die einzige Möglichkeit die Schwimmkurse durchzuführen. Die Frauen, die die Kurse besuchen, kommen aus Hamburg-Nord, aber auch aus anderen Bezirken.

Das Bezirksamt empfiehlt dennoch eine Finanzierung aus dem Sportfonds, da das Angebot sehr gut angenommen wird und einen wichtigen Beitrag zur Integration leistet. Der SC Urania hat sich mittlerweile eine hohe Kompetenz in diesem Bereich angeeignet, das weiter genutzt bzw. gefördert werden sollte (s.a. den anliegenden Bericht).

Petition/Beschluss:

Um Beratung und Entscheidung wird gebeten.

Tom Oelrichs

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

5.4	Umkleidehaus am Gymnasium Heidberg Hier: Antrag auf Mittel der Bezirksversammlung Drucksache: 20-5098	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Das Bezirksamt bittet die Bezirksversammlung Hamburg-Nord um eine anteilige Finanzierung für ein neues Umkleidehaus am Gymnasium Heidberg im Umfang von € 50.000,- zur Verfügung zu stellen.

Die Kosten der Gesamtmaßnahme belaufen sich gem. Kostenschätzung auf € 121.000,-. Die Kostenschätzung und die Bewertung durch Schulbau Hamburg können den Anlagen 1 bis 3 entnommen werden.

Parallel zu diesem Antrag wurde ein Antrag an die Jury gestellt, die die Mittel des Sanierungsfonds 2020, hier Drs. 21-1618 Vereinsbedarfe bei Schulsanierungen und/oder Neubauten, vergibt. Die Jury hat in ihrer Sitzung am 22.11.2017 beschlossen, für die Maßnahme € 71.000,- zur Verfügung zu stellen.

Zur Begründung

Auf dem Gelände des Gymnasiums wurde 2010 ein Kunstrasenplatz für die Schule errichtet, die Eliteschule des Sports ist. Ein Umkleidehaus ist damals nicht mitgeplant bzw. gebaut worden, da davon ausgegangen wurde, dass die Schüler die Umkleideräume der angrenzenden Sporthalle nutzen können.

Hierbei ist offensichtlich von einer geringen Nutzung der Halle bzw. des Sportplatzes durch Vereine ausgegangen worden. Diese Einschätzung hat sich im Nachhinein als falsch herausgestellt.

Die Schule hat sich bereit erklärt den Platz auch Vereinen zur Verfügung zu stellen und nach und nach Zeiten frei gegeben.

Der Sportplatz wird mittlerweile an allen Nachmittagen von Vereinen und vom Betriebssport genutzt. Eine aktuelle Übersicht kann der Tabelle im Anhang entnommen werden (s. Anlage 4).

Für eine solche Nutzung sind die Umkleidekabinen der Sporthalle nicht ausgelegt, so dass diese regelmäßig überfüllt sind oder gar nicht genutzt werden können und sich die Sportler im Freien umziehen müssen.

Durch die Abgabe von Container- bzw. Modulhäusern durch den Zentralen Koordinierungsstab Flüchtlinge (ZKF) ergibt sich aktuell die Möglichkeit neben dem Sportplatz ein Umkleidehaus zu errichten und diesem Missstand abzuwehren.

Eine solche Lösung würde ca. €121.000,- kosten und wäre damit erheblich günstiger als die

bisherigen Kostenschätzungen ergeben haben. Diese lagen alle bei weit über € 200.000,-.

Die BSB beteiligt sich nicht an den Kosten für die Errichtung des Umkleidehauses, da sie den schulischen Bedarf durch die Umkleidekabinen in der Sporthalle gedeckt sieht (s.o.). Die BSB hat sich aber bereit erklärt die durch die Umkleidehäuser entstehenden Betriebskosten aus dem Haushalt der BSB zu finanzieren (s.Anlage 2).

Petition/Beschluss:

Um Zustimmung wird gebeten.

Harald Rösler

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen	:	SPD, CDU, GRÜNE
Gegenstimmen	:	
Stimmenthaltungen	:	DIE LINKE



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

<p>6.1 Beanstandung des Beschlusses des Hauptausschusses vom 07.11.17 Drucksache: 20-5054</p>

Sachverhalt:

Als Anlage beigefügt wird das Schreiben des Bezirksamtsleiters vorgelegt.

Petition/Beschluss:

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

Dagmar Wiedemann

Abstimmungsergebnis:

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis und beschließt einstimmig den beanstandeten Teil des Beschlusses des Hauptausschusses vom 07.11.17 zurückzunehmen.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

7.1	Verwendung und Aufteilung der Finanzmittel für die bezirkliche Seniorenarbeit im Jahr 2018 Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration Drucksache: 20-5043	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration hat sich in seiner Sitzung am 09.11.2017 einstimmig dem Verteilungsvorschlag des Bezirksamtes hinsichtlich der bezirklichen Seniorenarbeit gefolgt.

Gemäß Haushaltsbeschluss für die Jahre 2017/2018 werden Mittel für die bezirkliche Seniorenarbeit in Höhe von 438.000 € p.a. zur Verfügung stehen, die wie folgt verteilt werden sollen:

- Aufwandsentschädigungen für die bezirkliche Seniorenvertretung: 7.000 €
- Ausgaben der bezirklichen Seniorenvertretung: 3.000 €
- Bezirkliche Pflegekonferenz: 1.000 €
- Zuwendungen an Seniorentreffs und -kreise: 153.000 €
- Mieten, Betriebskosten und Bauunterhaltung für Seniorentreffs: 274.000 €

Das Bezirksamt hat aufgrund der vorliegenden Anträge und seiner fachlichen Einschätzung einen Vorschlag erarbeitet, wie die Zuwendungsmittel auf Seniorentreffs, Seniorenkreise und einmalige Veranstaltungen verteilt werden sollen (s. Anlage 1).

Der Vorschlag berücksichtigt

- die hälftige Beteiligung des Bezirksamtes Eimsbüttel an der Zuwendung für den Seniorentreff des LAB im Eppendorfer Weg
- die Beteiligung des Trägers LAB an den Mietkosten für den Seniorentreff Eppendorfer Weg
- die steigende Nachfrage nach Zuschüssen für einmalige Angebote und sonstige Projekte von Trägern, die nicht dauerhaft gefördert werden
- die steigende Anzahl an Seniorenkreisen

Die Erhöhung der Rahmenzuweisung um 3.000 € p.a. trägt dazu bei, dass voraussichtlich eine ausgeglichene Finanzierung für das Jahr 2018 erreicht werden kann und ggf. unterjährige Anträge Berücksichtigung finden können.

Aufgrund eines Pilotprojektes, welches bezirksübergreifend von den Zuwendungsabteilungen umgesetzt wird, hat der Träger AWO für seine vier Seniorentreffs

sowie einen
Seniorenkreis bereits den Zuwendungsbescheid für die Jahre 2017 und 2018 erhalten.

Die Anlage 2 enthält eine Übersicht über die Finanzmittel und Ausgaben bei Mieten, Betriebskosten und Bauunterhaltung der Seniorentreffs basierend auf den Ausgaben in 2016. Für 2017 liegen noch keine abschließenden Zahlen vor.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

7.2	Grundinstandsetzung Habichtstraße / Nordschleswiger Straße - zukunftsfähige Infrastruktur auch für Radfahrer und Fußgänger schaffen Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-5046	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 20.11.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines Antrages der FDP-Gruppe befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung beschließen:

Die Bezirksversammlung lehnt einen gemeinsamen Geh- und Radweg an der Habichtstraße ab und fordert den Bezirksamtsleiter auf, sich beim Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer dafür einzusetzen, dass eine neue Planung vorgelegt wird, die den Rad- und den Fußverkehr trennt. Soweit für die Erreichung dieses Ziels Grunderwerb notwendig ist, sollen umgehend Verhandlungen mit den betroffenen Grundeigentümern aufgenommen werden. Soweit die Verlegung der denkmalgeschützten Grundstücksmauer der Köster-Stiftung notwendig ist, sollen entsprechende Gespräche mit den Denkmalschutzamt aufgenommen werden.“

Begründung:

Am 9. Oktober 2017 stellte der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) im Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg die Planungen für die Grundinstandsetzung der Habichtstraße und der Nordschleswiger Straße vor. Dabei wurde deutlich, dass insbesondere die Schaffung einer zukunftsfähigen Infrastruktur für Radfahrer und Fußgänger mit diesen Planungen verfehlt wird. Sowohl die örtliche Politik, als auch ortsansässige Bürgerinnen und Bürger und Interessenverbände wie Fuß e.V. und ADFC haben an Teilen der Planung erhebliche Kritik geäußert und Änderungen eingefordert. Insbesondere die gemeinsamen Geh- und Radwege im Bereich von Köster-Stiftung und Techniker Krankenkasse, also auf der Habichtstraße zwischen der Bramfelder Straße und der Meisenstraße, und der häufige Wechsel zwischen Hochbordradweg und Fahrradstreifen stieß auf Kritik.

Beim gemeinsamen Radweg wurde die Gefahr für Fußgänger durch Radfahrer und die Verkehrsbehinderung der Radfahrer durch Fußgänger kritisiert. Der Abschnitt ist auf der einen Straßenseite für die vielen älteren Bewohner des Kösterstifts und auf der anderen Straßenseite für Mitarbeiter der Techniker Krankenkasse der Weg zur U-Bahnstation Alter Teichweg und wird deshalb relativ hoch frequentiert. Zum anderen ist er aber auch Arbeitsweg für viele Radfahrer, die in der City Nord arbeiten. Für eine Trennung von Geh- und Radweg ist Grunderwerb nötig, wobei der Vertreter des LSBG ausdrücklich darauf hingewiesen hat, dass Mittel dafür einzuwerben unproblematisch sei. Der Geschäftsführer der Köster-Stiftung, Herr Detjens, wies in der Sitzung darauf hin, dass er es für wahrscheinlich halte, dass der Stiftungsvorstand einem entsprechenden Verkauf zustimmen würde. Ob mit der Techniker Krankenkasse bereits Gespräche geführt wurden, konnte in der Sitzung nicht geklärt werden. Soweit die denkmalgeschützte Begrenzungsmauer des Stiftungsgeländes versetzt werden muß, sollte dies über Gespräche mit dem Denkmalschutzamt erreicht werden können.

Der in der Planung vorgesehene ständige Wechsel zwischen Hochbordradwegen und Fahrradstreifen, mit dem auch ein häufiger Richtungswechsel bei der Fahrt verbunden ist, macht das Radfahren unattraktiv und widerspricht damit dem Ziel, den Anteil des Radverkehrs zu erhöhen.

Petition/Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

7.3	Sanierung Ring 2 Habichtstraße/ Nordschleswiger Straße: Bäume und Fußgänger schützen! Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-5047	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 20.11.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Vor diesem Hintergrund möge der Ausschuss beschließen:

1. Die Bezirksversammlung Hamburg-Nord betrachtet die vorgelegten Planungen zur Habichtstraße zum jetzigen Zeitpunkt als unausgewogen und deswegen als unzureichend. Sie kritisiert insbesondere die fehlende Berücksichtigung der Belange von Anwohnenden sowie aller, die mit Rad oder zu Fuß dort unterwegs sind.
2. Die Bezirksversammlung erwartet auf jeden der nachfolgenden Punkte eine Stellungnahme der jeweils zuständigen Behörde. In der Vergangenheit war es leider nicht üblich, dass Beschlüsse der BV entsprechend beantwortet wurden. Das ist aber schon aus Gründen der Wertschätzung den gewählten Abgeordneten und den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber, die die Abgeordneten repräsentieren, angebracht.
3. Die vorgesehene Fällung von 20 Bäumen wird massiv kritisiert. Zunächst soll nochmals geprüft werden, auf welche Baumfällungen durch Veränderungen an der Planung verzichtet werden kann. Ein Ausgleich aller Baumfällungen mindestens im Verhältnis 1:1 ist notwendig. Sollten im Planungsraum nicht ausreichend geeignete Standorte zu finden sein, ist das Bezirksamt bei der Suche nach konkreten Ersatzstandorten im nahen Umfeld zu konsultieren. Sie werden dem Regionalausschuss mitgeteilt.
4. Die Bezirksversammlung Hamburg-Nord fordert die zuständigen Stellen auf, für Rad- und Fußverkehr getrennte Flächen zu planen.
5. Sollten ohne massive Baumfällungen keine beidseitigen Radfahrstreifen realisierbar sein, soll zunächst *separat* geprüft werden, ob durch eine weitestmögliche Verlegung der Bordkanten Raum für zumindest *einen* Radfahrstreifen geschaffen werden kann. Dieser sollte auf derjenigen Straßenseite angelegt werden, an der mehr Anwohnerinnen und Anwohner leben.

6. Sollten entgegen dem Willen der Bezirksversammlung Hamburg-Nord dennoch an einer oder beiden Straßenseiten gemeinsame Rad- und Gehwege eingerichtet werden, soll die zuständige Behörde bereits jetzt alles Notwendige einleiten, um ggf. durch Ankäufe eine spätere Verbreiterung der Nebenflächen zu ermöglichen. Ziel soll dabei sein, normgerechte, getrennte Rad- und Gehwege zu errichten. Das Angebot der Kösterstiftung als Grundeigentümerin größerer Flächen in der Habichtstraße, über einen Flächenkauf zu verhandeln, sollte umgehend angenommen werden. Für eine dabei notwendige Verlegung der denkmalgeschützten Einfriedung sollen ggf. Bundesfördermittel akquiriert werden.
7. Bei den größeren Kreuzungen des Straßenzugs mit Bramfelder Straße, Alter Teichweg und Straßburger Straße sollen sogenannte „Bettelampeln“ für Fußgänger nicht wieder installiert werden. Das bedeutet: Erhält der motorisierte und der Radverkehr Grün, soll dies auch automatisch für den Fußverkehr gelten. Sollte sich die Behörde entgegen dem Beschluss der Bezirksversammlung doch dafür entscheiden, „Bettelampeln“ wieder einzurichten, sollen zumindest intelligente Erfassungssysteme für Fußgänger (Infrarot o.ä.) geprüft werden. Zudem sollen zumindest zu den Hauptverkehrszeiten, wenn ohnehin praktisch immer Fußgänger queren wollen, deren Ampeln parallel und automatisch zu den Kfz-Ampeln geschaltet werden.
8. Folgende weitere Punkte sollten zudem berücksichtigt werden:
 - a) Das übliche Parken möglichst weit weg von der Fahrbahn (und damit auf den Nebenflächen) sollte durch den Einsatz von Pollern o.ä. unterbunden werden. Das gilt auch für die Grünsteifen in Höhe der Osterbek, die derzeit regelmäßig beparkt werden. Ohne baulichen Schutz sind die Nebenflächen nicht im notwendigen Umfang nutzbar.
 - b) In beiden Plangebietern mangelt es deutlich an Fahrradabstellmöglichkeiten - und zwar nicht nur, aber besonders in der Nähe von U-Bahn- und Bushaltestellen. Es sollten daher dezentral an möglichst viele Orten Fahrradbügel installiert werden. Ggf. können diese auch Falschparken verhindern. Das Bike+Ride-Konzept für die Schnellbahnhaltstellen sollte ebenfalls Berücksichtigung finden.

Habichtstraße

9. Einmündung Hellbrookstraße: Die Bezirksversammlung hat beschlossen, dass das Bezirksamt für das östliche Ende der Hellbrookstraße eine Planung ausarbeiten soll, die Radfahr- oder mindestens Schutzstreifen vorsieht (Drs. 20-4515). Es ist dafür Sorge zu tragen, dass in der Einmündung der Hellbrookstraße in die Habichtstraße ein adäquater Anschluss hergestellt wird. Zudem sollte eine Möglichkeit des Linksabbiegens für den Radverkehr von der Habicht- in die Hellbrookstraße geschaffen werden.
10. Im Einmündungsbereich Hellbrookstraße soll in dieser auf beiden Spuren ein durchgängiger Radfahrstreifen eingerichtet werden (nicht nur in Fahrtrichtung Habichtstraße). Zugleich scheint ein Verzicht auf den zweispurigen Ausbau der Einmündung in Richtung Barmbek sinnvoll. Das ermöglicht breitere Radfahrstreifen.
11. Verzicht oder deutliche Verschmälerung der bis zu 2,50 Meter breiten Trennmarkierung in der Bramfelder Straße nördlich und südlich Habichtstraße zugunsten des Erhalts mehrerer Bäume.
12. Verzicht auf die Fällung der fünf Bäume vor Habichtstraße 138. Für die Anordnung von Fahrspuren und Radfahrstreifen sollten andere Lösungen ohne diese Baumfällungen geprüft werden, bspw. durch leichte Verschwenkung der Fahrbahn.
13. Prüfung eines Verzichts auf die Fällung der Bäume in der Habichtstraße Höhe Hellbrookstraße, bspw. durch eine Verschwenkung der Fahrbahn.
14. Verzicht auf Baumfällungen in der Bramfelder Straße Höhe Kita - es sollten andere Lösungen gefunden werden, die die Fällungen unnötig machen.
15. Die Aufstellflächen für linksabbiegende Radfahrende scheinen zu gering dimensioniert zu sein. Eine Vergrößerung und weniger mittig im Kraftverkehr gelegene Platzierung sollte geprüft werden.
16. Prüfung von Tempo 30 nachts zum Lärmschutz für die Anwohnerinnen und

Anwohner. Die entsprechende Stellungnahme der Behörde auf diesen Beschluss soll dem Regionalausschuss zugeleitet werden.

Nordschleswiger Straße

17. Aus den vorliegenden Plänen ist nicht ersichtlich, dass Rücksicht auf die bezirkliche Planung des Umbaus des Alten Teichwegs genommen wurde. Diese sieht beidseitig Radfahrstreifen vor - die entsprechend im Kreuzungsbereich mit der Nordschleswiger Straße zu berücksichtigen sind.
18. Gleiches gilt für die Berücksichtigung des Ausbaus der Veloroute 6 im Eulenkamp. Hier ist dafür Sorge zu tragen, dass eine mögliche Führung des Radverkehrs auf Radfahrstreifen nicht durch die nun anstehenden Maßnahmen erschwert oder verhindert wird.
19. Auf die Baumfällung in der Straßburger Straße soll verzichtet werden.
20. Wo noch nicht für den gegenläufigen Radverkehr freigegebene Einbahnstraßen auf die Nordschleswiger Straße münden (bspw. Augustenburger Ufer), sollten im Zuge der Baumaßnahmen ggf. notwendige bauliche Veränderungen vorgenommen werden.

Begründung:

Die Stadt Hamburg plant die Sanierung großer Teile der Habichtstraße sowie der Nordschleswiger Straße (Ring 2). Am 9. Oktober 2017 wurden die Pläne im Regionalausschuss vorgestellt. Obwohl die Schussverschickung bereits erfolgt ist, sagten die anwesenden Planer zu, noch folgende Verbesserungsvorschläge ernsthaft zu prüfen und ggf. umzusetzen. Einstimmig beschlossen wurde auch, dass die Planung noch einmal den Stadtteilräten Dulsberg und Barmbek-Nord vorgestellt werden soll. Baubeginn soll im März 2018 sein.

Der genannte Straßenzug hat für den Radverkehr eine hohe Bedeutung und ein hohes Potenzial für eine Zunahme der Nutzung mit Rad - hier verläuft die Bezirksroute 28. Die vorgelegte Planung stellt insbesondere im Fall der Habichtstraße eine einseitige Bevorzugung des Kraftverkehrs dar, die zu geringe Rücksicht auf Rad- und Fußverkehr nimmt:

- Es wird ein gemeinsamer Geh- und Radweg geplant, durch den Konflikte zwischen Rad fahrenden und zu Fuß gehenden Menschen vorprogrammiert sind. Insbesondere zu Hauptverkehrszeiten wollen Radlerinnen und Radler zügig zu Arbeits- oder Lernort gelangen.
- Fahrradbügel werden nur in sehr geringer Anzahl platziert.
- Es ist nicht erkennbar, dass bei der Planung berücksichtigt wurde, dass die Habichtstraße nach Daten des Umweltbundesamts in Sachen NO₂ die belastetste Straße Hamburgs ist. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass irgendeine Verbesserung der untragbaren Situation im Straßenraum (Lärm, Staub, Luftverschmutzung insgesamt) angestrebt ist.
- Die Einmündung der Hellbrookstraße in die Habichtstraße wird noch weiter ausgebaut und soll nun statt drei gleich vier Fahrspuren plus Radfahrstreifen in Richtung Bramfelder Straße aufweisen. In Gegenrichtung ist dagegen kein Radfahrstreifen vorgesehen, obwohl in der Hellbrookstraße selbst bereits einer existiert. Hier ist unverständlich, warum ein zweisepuriges Abbiegen in die Hellbrookstraße von der Habichtstraße aus zwingend notwendig ist, während der Radverkehr erneut den Kürzeren zieht. Vor dem Hintergrund, dass der Bezirk beschlossen hat, dass die Radverkehrssituation in der Hellbrookstraße verbessert werden soll, offenbart sich an dieser Stelle eine mangelnde Einbeziehung bezirklicher Belange in die Landesplanung.

Das Bezirksamt schrieb in einer Stellungnahme zu den Planungen, diese „orientieren sich einseitig an den Belangen des MIV und lassen eine Rücksichtnahme auf stadträumliche Aspekte und Aufenthaltsqualität für Nutzer, die nicht als Autofahrer unterwegs sind, vermissen.“ Dieser Aussage ist vollumfänglich zuzustimmen. Belegt wird dies auch dadurch, dass 20 Bäume gefällt werden sollen. Die meisten Bäume

sollen rund um die Kreuzung mit der Bramfelder Straße verschwinden - zu Gunsten einer massiven Aufweitung der Kreuzung. Das ist abzulehnen.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

7.4	Flüsterasphalt auf der gesamten Strecke Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-5048	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 20.11.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines Antrages der CDU-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der LSBG wird aufgefordert, als Deckschicht zwischen der Habichtstraße und der Bezirksgrenze zu Wandsbek Flüsterasphalt aufzubringen.“

Begründung:

Der Antrag von SPD und Bündnis 90 der Grünen greift wichtige Punkte für eine Umplanung des Rings 2 auf. Ergänzend hierzu wird dem LSBG empfohlen, um zumindest ein Maß an Lärmreduktion auf der Strecke der Grundinstandsetzung zu erreichen, Flüsterasphalt als Deckschicht aufzubringen.

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

7.5	Antrag auf Anhörung im Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg gem. § 18 Ziffer 8 der Geschäftsordnung der Bezirksversammlung Hamburg-Nord zur Grundinstandsetzung des Ring 2 zwischen Habichtstraße und Bezirksgrenze Drucksache: 20-5049	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 20.11.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines Antrages der CDU-Fraktion befasst und bei Enthaltung der Fraktionen SPD, GRÜNE und DIE LINKE folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„ Die Vorsitzende des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Dulsberg-Hohenfelde wird gebeten, als politischen Vertreter zu dieser Anhörung einen Vertreter des Senats, des ADAC, des ADFC, der Hamburger Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen (LAG) und des FUSS e.V. einzuladen.“

Begründung:

Die am 9. Oktober 2017 im Regionalausschuss vorgestellten Planungen für die Grundinstandsetzung des Ring 2 im Bereich Habichtstraße bis zur Bezirksgrenze Wandsbek zeigen deutliche Verbesserungsmöglichkeiten. So ist in der Sitzung bspw. herausgearbeitet worden, dass der rot-grüne Senat kein Gespräch mit der Kösterstiftung über den möglichen Ankauf von Grundstücksteilen geführt hat. Stattdessen geht es hier um eine schnelle Lösung. Weder eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern aus Barmbek und vom Dulsberg hat stattgefunden, noch eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den engagierten Stadtteilberätern der betroffenen Stadtteile. Eine Planung an einer der meistbefahrensten Straßen Hamburgs und an einer der stark belasteten Straßen Hamburgs kann nicht in den Amtsstuben allein umgesetzt werden.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : CDU, DIE LINKE
Gegenstimmen :
Stimmenthaltungen : SPD, GRÜNE



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

7.6	Adolph-Schönfelder-Straße, Biedermannplatz, Schleidenstraße: Rad- und Gehwege wieder in einen verkehrssicheren Zustand versetzen! Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-5050	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 20.11.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Vor diesem Hintergrund möge der Ausschuss beschließen:

1. Im Straßenzug Adolph-Schönfelder-Straße-Biedermannplatz-Schleidenstraße werden die Rad- und Gehwege möglichst zeitnah hinsichtlich folgender Kriterien überprüft:
 - Ausgewaschene, mit Grand o.ä. befestigte Stellen
 - hochstehende Gehwegplatten, Pflaster oder aufgebrochener Asphalt
 - in den Rad-/Gehweg hineinragende Bäume und Sträucher
 - Laub, Erde oder ähnliche störende Materialien
 - nicht ausreichend abgesenkte Bordsteine an den Einmündungen
 - regelmäßig zugeparkte Stellen.
2. Angesichts der ohnehin bevorstehenden Überplanung im Rahmen des Ausbaus der Velorouten sollen dann zunächst die drängendsten und die Sicherheit am stärksten beeinträchtigenden Probleme umgehend behoben werden.
3. Dem Ausschuss wird über die Untersuchung nach 1 und den Plan zur Behebung gefährlicher Stellen nach 2 inklusive eines Zeitplans berichtet.“

Begründung:

Der Straßenzug Adolph-Schönfelder-Straße-Biedermannplatz-Schleidenstraße in Barmbek-Süd ist eine wichtige Nord-Süd-Verbindung für den Radverkehr zwischen Winterhude und Wandsbek. Auch der Fußverkehr nutzt die Strecke häufig. In der Radverkehrsplanung der Stadt Hamburg gehören die drei Straßen zur Veloroute 5, die die Innenstadt mit dem Flughafen bzw. Steilshoop/Duvenstedt verbindet. Diese Route soll in den kommenden Jahren ebenso wie alle anderen Velorouten überplant und für den immer stärker werdenden Alltagsradverkehr optimiert werden.

Bis es so weit ist, muss der Radverkehr aber noch die Radwege nutzen, die leider häufig in

eine schlechten Zustand und zugeparkt sind. Auch die Gehwege bedürfen einer Überprüfung.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

7.7	Sicheres Linksabbiegen an der Kreuzung Hellbrookstraße/ Fuhlsbüttler Straße Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-5051	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 20.11.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines Antrages der CDU-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

- 1.) „Es möge durch eine verkehrspolizeiliche Prüfung (mit Stellungnahme) untersucht werden, ob die Kreuzung gefahrteneigt ist.
- 2.) Es soll geprüft werden, ob eine Fahrbahnmarkierung, die die Autofahrer Richtung Hufnerstraße lenkt, angebracht werden kann.
- 3.) Parallel sollten auch Maßnahmen, die die Einfahrt-Verboten-Schilder den irrtümlich links abbiegenden Autofahrern besser erkennbar macht, geprüft werden.“

Begründung:

Die Hellbrookstraße in Barmbek verbindet die stark befahrene Bramfelder Chaussee mit der ebenfalls stark frequentierten Fuhlsbüttler Straße und der Hufnerstraße. In der Verlängerung nach Westen geht sie weiter bis zur Saarlandstraße in Winterhude.

An der Kreuzung zur Fuhlsbüttler Straße ist es für Autofahrer, die auf der Hellbrookstraße (von Bramfelder Chaussee kommend) fahren und links abbiegen wollen, etwas unübersichtlich und durchaus gefahrteneigt. Während man beim Abbiegen nach rechts direkt auf die Fuhlsbüttler Straße Richtung Norden kommt, muss beim Abbiegen nach links die Fuhlsbüttler Straße einmal "überfahren" werden (mit Sparkassengebäude links) und dann nach links in die Hufnerstraße - NICHT in die Fuhlsbüttler Straße - eingebogen werden.

Ortskundige Autofahrer kennen den Sachverhalt, und befahren die Kreuzung ohne Schwierigkeiten. Leider wird, sicher primär von Ortsunkundigen, die Kreuzungsregelung gelegentlich falsch aufgefasst.

Die von links kommende Fuhlsbüttler Straße ist bis zur Kreuzung Hellbrookstraße eine

Einbahnstraße in Richtung Norden; in sie darf NICHT eingebogen werden, Sie ist auf Höhe der Ampelanlage dreispurig, wovon die linke Spur eine reine Linksabbiegerspur ist.

Diese Linksabbiegerspur wird deutlich weniger als die Geradeausfahr-Spur genutzt. Wenn denn kein Auto auf dieser Spur an der Ampel steht, kann ein Autofahrer auf der Hellbrookstraße diese dann freie Spur irrtümlich als freie Fahrspur auf der Fuhlsbüttler Straße nach Süden ansehen, und fälschlicherweise versuchen darin links einzubiegen. Tatsächlich ist diese Situation gelegentlich zu beobachten; nur das Hupkonzert anderer Autofahrer bringt den Falschabbieger dann wieder - wortwörtlich - auf die richtige Spur.

Die Einfahrt-Verboten-Schilder, die - sicher korrekt - über der Ampel angebracht sind, werden leider häufig auch übersehen.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

7.8	Projektmittel der Stadtteilkultur Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-5056	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 21.11.2017 mit Anträgen auf Projektmittel der Stadtteilkultur befasst und folgende Beschlussempfehlungen verabschiedet:

1. Drucksache 20-4996

Antragsteller/in: Feine Künste

Projekt: Zwei halbe Weihnachten

Höhe der beschlossenen Förderung: 3 074,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

2. Drucksache 20-5023

Antragsteller/in: Kulturhaus Eppendorf

Projekt: Text & Theke - Literatur im Bistro

Höhe der beschlossenen Förderung: 3 256,20 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

3. Drucksache 20-5024

Antragsteller/in: Bürgerhaus Barmbek

Projekt: KulturenBrunch: Räume haben-Begegnungen schaffen

Höhe der beschlossenen Förderung: 8 464,76 € (davon 611,76 € Restmittel aus dem

Integrationsfonds und 7853,00 € aus Stadtteilkulturmitteln)

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

4. Drucksache 20-5025

Antragsteller/in: KulturMix Langenhorn

Projekt: Bauer Enno-Tandera Theater mit Figuren

Höhe der beschlossenen Förderung: 231,90 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

5. Drucksache 20-5026

Antragsteller/in: KulturMix Langenhorn

Projekt: Tafiti-Theater Wolkenschieber

Höhe der beschlossenen Förderung: 316,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

6. Drucksache 20-5027

Antragsteller/in: Kunstverein Kettenwerk e.V.

Projekt: Tage des offenen Ateliers

Höhe der beschlossenen Förderung: 600,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt den Beschlussempfehlungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

7.9	Erholungsparks dürfen keine XXL-Gänseklos werden - Schutz von Mensch und Tier in Parkanlagen mit Gewässern Referenteneinladung Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz Drucksache: 20-5057	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz hat sich in seiner Sitzung am 21.11.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines Antrages der CDU-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Zu der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz am 21.02.2018 mögen die Leitung sowie zwei Mitarbeiter der Vogelschutzwarte Hamburg und Vertreter der Stadtreinigung eingeladen werden.“

Begründung

Einer der besonderen Gründe für die gute Lebensqualität im Bezirk Hamburg-Nord sind die attraktiven Park- und Grünflächenanlagen, die besonders im Sommer in den Nachmittags- und Abendstunden und am Wochenende von den Bewohnerinnen und Bewohnern unserer Stadt zur Erholung aufgesucht werden. Naheliegende Gewässer, wie z.B. der Osterbekkanal, der Stadtparksee, die Alster oder der Eppendorfer Mühlenteich tragen ergänzend zu einer angenehmen Umgebung bei. Auch das Beobachten von Graugänsen, Enten und Schwänen erfreut viele Menschen, besonders auch Kinder, die in der Großstadt nur noch wenig Möglichkeiten haben, Wildtiere zu erleben. Wasservögel gehören zu unserer Umwelt, und sind Teil unserer Natur auch in Hamburg.

Leider werden die Tiere immer wieder von Besuchern der Freizeitflächen gefüttert. Die negativen Folgen sind enorm: Die Tiere verlieren ihren natürlichen Trieb, sich artgerechtes Futter wie Pflanzen und Insektenlarven selbst zu suchen. Eine überdurchschnittlich hohe Vermehrung kann die Folge sein. Viel größer ist die Gefahr, dass durch die Fütterung Ratten angelockt werden, verbunden damit, dass auch Krankheiten übertragen können.

In fast allen Grünanlagen war im Frühsommer eine extrem hohe Population von Gänsen zu beobachten. Die Fuß- und Radwege im unmittelbaren Uferbereich waren mit Gänsekot verdeckt mit der Folge, dass die Nutzung zu Erholungszwecken kaum noch gewährleistet

werden konnte, dies gilt auch für den Eppendorfer Mühlenteich (siehe Kleine Anfrage Nr. 76/2017 "Gänseparadies statt Breitensport" (Drucksache 20-4403) der CDU-Abgeordneten N. Müller/M. Fischer)

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

7.10	Habichtstraße: Belastungen reduzieren und Entscheidungsgrundlagen für die Luftreinhalteplanung offenlegen! Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz Drucksache: 20-5058	ungeändert beschlossen
-------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz hat sich in seiner Sitzung am 21.11.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Punkte 1-6 (einstimmig beschlossen):

1. Die zuständigen Behörden werden aufgefordert, dem zuständigen Regionalausschuss die Abwägungsmaterialien und Erläuterungen zur Verfügung zu stellen, die zum Ergebnis geführt haben, dass eine Verlagerung von Kfz-Verkehr von der Habichtstraße im Bereich der Grenzwertüberschreitungen unverhältnismäßig sei. Insbesondere ist zu belegen, inwiefern die Belastung von Schülerinnen und Schülern sowie Seniorinnen und Senioren in unmittelbarer Nachbarschaft in die Abwägung einbezogen wurden.
2. Dem Regionalausschuss wird auch dargelegt, inwiefern durch eine Verlagerung von Kfz-Verkehren die Belastung mit NO_x an anderen Straßen steigen oder sogar Grenzwerte überschritten würden.
3. Dem Regionalausschuss wird eine detaillierte Analyse der bei einer Verlagerung von Kfz-Verkehren zu erwartenden Verkehrsströme mit belastbaren Zahlen dargelegt.
4. Dem Umwelt- und Verkehrsausschuss möge der aktuelle Sachstand des aus Bundesmitteln geförderten Projekts „Bau nie ohne! Urbanes Grün in allen Dimensionen“ zur Erstellung einer Fassadenbegrünungsstrategie durch eine/n Fachreferenten/in vorgestellt werden.
5. In die Fassadenbegrünungsstrategie soll die Minderung von Immissionen durch Dach- und Fassadenbegrünung aufgenommen werden.
6. Die Habichtstraße soll als Pilotprojekt zur Umsetzung einer Fassadenbegrünungsstrategie im Bestand Priorität bekommen.

Punkte 7 und 8 (mehrheitlich beschlossen bei Gegenstimmen der CDU):

7. Zur zügigen Verbesserung der Lebensbedingungen durch Lärmschutz in der Nacht wird an der Habichtstraße zwischen Tieloh und Lämmersieth in der Zeit von 22 bis 6

- Uhr Tempo 30 eingeführt und die Einhaltung dieses Gebots entsprechend überwacht.
8. Im Bereich der Schule Tieloh soll Tempo 30 unter Nutzung der Regelungen der jüngst geänderten Straßenverkehrsordnung zudem auch tagsüber gelten. Das macht auch den Fußgänger-Übergang in Höhe der U-Bahnhaltestelle Habichtstraße sicherer.

Begründung:

Als erstes Bundesland hat Hamburg einen umfassenden und akribisch berechneten Luftreinhalteplan (LRP) erlassen. Ziel des Plans ist die Reduzierung der gesundheitsschädlichen Emissionen in der Stadt, die vielzählige Ursachen haben. Während das Engagement für bessere Luft an sich ausdrücklich zu begrüßen ist, zeigen sich an einigen Stellen Defizite in dem vorgelegten Plan. Ein nicht unerheblicher Faktor ist der Pkw-Verkehr in Hamburg. Nach Angaben der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) waren im Jahr 2014 an rund 41 km Straße mehr als 41.000 Menschen in Hamburg schädlichen NO_x-Emissionen ausgesetzt. Bis 2020 soll sich durch die Maßnahmen des LRP die Zahl der Betroffenen auf 4.675 Menschen reduzieren. Weitere Verbesserungen können nach den Angaben der BWVI nur durch die zu erwartende sogenannte Flottenerneuerung - also den statistisch angenommenen Austausch von Alt- zu Neuwagen - erreicht werden. Bereits 2015 wurde die Stadt wegen ihrer anhaltenden Grenzwertüberschreitungen der Luftreinheit rechtskräftig verurteilt.

Die Habichtstraße in Barmbek-Nord ist bundesweit eine der am schwersten mit dem Schadstoff NO_x belastete Straße Deutschlands. Täglich nutzen durchschnittlich 46.000 motorisierte Fahrzeuge die Straße, die Teil des Ring 2 ist. Der Jahresgrenzwert für Stickoxide wird seit langem immer wieder überschritten. Auch nach Vollzug aller Maßnahmen zur Luftreinhaltung laut LRP werden an der Habichtstraße 2020 noch 461 Menschen gesundheitsschädlichen Emissionen ausgesetzt sein.

Die einzige wirksame Maßnahme zur schnelleren Reduzierung der NO_x-Belastung wäre ein Verbot von dieselbetriebenen Fahrzeugen in der Habichtstraße. Nach den Ausführungen der BWVI sei die Verlagerung dieses Verkehrs aber nicht verhältnismäßig. Sie hätte zwar keine rechtswidrige Grenzwertüberschreitung an anderer Stelle zur Folge, die Abwägung zwischen den gesundheitlichen Belastungen und dem Eingriff in den Kfz-Verkehr habe aber ergeben, dass die Gesundheitsbeeinträchtigung nachrangig sei. Welche Überlegungen diesem Ausgang der Verhältnismäßigkeitsprüfung einer Verlagerung des Dieselverkehrs zugrunde gelegt wurden, konnte dem Ausschuss nicht abschließend erläutert werden.

An der Habichtstraße wohnen jedoch nicht nur viele Menschen. Unmittelbar an den höchstbelasteten Straßenabschnitten befinden sich an der Straße eine Schule, eine Seniorenwohnanlage und die Zentrale einer Krankenkasse mit vielen hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auch diese Bevölkerungsgruppen sind täglich - vor allem aber zu den Stoßzeiten - den gesundheitsschädlichen Emissionen ausgesetzt. Inwieweit die Belastung der Schülerinnen und Schüler der Schule Tieloh sowie der gesundheitlich vermutlich stärker gefährdeten Seniorinnen und Senioren in die Abwägung eingeflossen ist, wurde nicht erläutert.

Angesichts der noch jahrelangen Belastung der Anwohnerinnen und Anwohner an der Habichtstraße müssen zügig auch andere Belastungen reduziert werden. Neben den Luftschadstoffemissionen sind die Menschen entlang der Straße erheblichen Lärmemissionen ausgesetzt, die insbesondere in der Nacht eine erhebliche Belastung darstellen. Eine Begrenzung der Geschwindigkeit in der Nacht reduziert zwar nicht zwingend die Schadstoff-, aber zumindest die Lärmemissionen. Vor diesem Hintergrund sollte zügig eine Temporeduzierung in der Nacht zwischen 22 und 6 Uhr eingerichtet werden. Auch Maßnahmen zur Verbesserung des Mikroklimas sind denkbar. Hamburg hat sich verpflichtet, in den nächsten drei Jahren mit dem Modellvorhaben „*Bau nie ohne! Urbanes Grün in allen Dimensionen*“ eine Strategie zur Fassadenbegrünung erarbeiten. Hierfür wurde der Stadt ein Förderbescheid über rund 158.000 Euro vom Bund überreicht. Die Fassadenbegrünung hat da Potenzial, für Hamburg einen positiven Beitrag für ein besseres Stadtklima und einen Beitrag für ein gesünderes Umfeld für Hamburgerinnen und Hamburger zu bewirken. Aktuell soll in der Umweltbehörde mit den Bundesmitteln eine Strategie zur

Fassadenbegrünung erarbeitet werden. Als Kompensation für die anhaltend stark genutzte Habichtstraße könnten Maßnahmen zur Dach- und Fassadenbegrünung eine Verbesserung der Lebensumstände der Anwohnerinnen und Anwohner und Schülerinnen und Schüler bedeuten.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

1. - 6.:

Einstimmig beschlossen

7. - 8.:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD; GRÜNE, DIE LINKE
Gegenstimmen : CDU
Stimmenthaltungen :



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

7.11	Vergabe der Mittel der Bezirksversammlung 2017 Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses Drucksache: 20-5081	ungeändert beschlossen
-------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Haushaltsausschuss hat in seiner Sitzung am 22.11.2017 über die Vergabe der BV-Mittel 2017 beraten und die in der anliegenden Liste aufgeführten Beschlussvorschläge verabschiedet.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt den Beschlussvorschlägen.

Abstimmungsergebnis:

Nummern 1146, 1150, 1153 und 1154:
Einstimmig beschlossen

Nummer 1152:
Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE
Gegenstimmen :
Stimmenthaltungen : CDU

Nummern 1160 und 1165:
Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, CDU, GRÜNE
Gegenstimmen : DIE LINKE
Stimmenthaltungen :

Nummer 1161:
25.000 € einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

7.13	Mehr Parkraum in der Jarrestadt Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 20-5086	ungeändert beschlossen
------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 27.11.2017 mit dem o.g. Thema auf Grundlage eines Bürgerschreibens (Drucksache 20-4735) befasst und bei Gegenstimmen der DIE LINKE-Fraktion mehrheitlich die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Regionalausschuss folgt dem Vorschlag der Initiative für Parkraum in der Jarrestadt, im Wiesendamm während einer Probephase von einem halben Jahr das Verkehrszeichen 314 mit dem Zusatzschild ZZ 1048-10 „nur für PKW“ aufzustellen.“

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, CDU, GRÜNE
Gegenstimmen : DIE LINKE
Stimmenthaltungen :



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

7.14	Lösungen für Abbiegerchaos in der Osterfeldstraße ungeändert beschlossen finden Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 20-5087
-------------	---

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 27.11.2017 mit dem o.g. Thema auf Grundlage eines Antrages der CDU-Fraktion befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Die Verkehrsbehörde wird gebeten, einen Referenten in einen der nächsten Ausschusstermine des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude zu entsenden.

Im Rahmen der Sitzung soll der Schwerpunkt der Erörterungen bei Linksabbiegesituationen des Kraftverkehrs vom Siemersplatz kommend Richtung Eppendorf Höhe des Edeka-Marktes und der Aral-Tankstelle liegen.

Folgende Themen werden vorgeschlagen:

1. SOLL und IST Situation aus Sicht der Verkehrsbehörde unter Darlegung von Vorkommnissen und Erkenntnissen im Straßenverlauf Osterfeldstraße und im weiteren Verlauf Lokstedter Weg bis hin zur Kreuzung Tarpenbekstraße
2. Einschätzung der Situation bei vermehrtem Verkehrsaufkommen durch zusätzlichen Quell- und Zielverkehr in dem beschriebenen Umfeld der Osterfeldstraße.
3. Handlungsbedarfe, Darstellung und Diskussion von Lösungsmöglichkeiten.“

Begründung:

Die verkehrliche Erschließung von Gewerbeflächen in der Osterfeldstraße (u.a. EDEKA und ARAL) für Kraftfahrzeuge aus Richtung Siemersplatz kommend ist suboptimal. Das Linksabbiegen ist untersagt, wird aber häufig ignoriert oder die Straße wird an anderer Stelle zum Wenden blockiert.

Vor dem Hintergrund der Planung eines weiteren verkehrsintensiven Gewerbeprojekts in diesem Umfeld erscheint dringender Handlungsbedarf.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

7.15	Quartiersfonds Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses Drucksache: 20-5101	ungeändert beschlossen
------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Jugendhilfeausschuss hat sich in seiner Sitzung am 29.11.2017 mit der Zuwendung für die Maßnahme Villa Dulsberg des Trägers basis & woge e.V. auf Grundlage einer Mitteilung des Bezirksamtes befasst und bei Stimmenthaltung der DIE LINKE-Fraktion sowie der Trägervertreter mit den Stimmen der SPD-, CDU- und Grüne-Fraktion einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bezirksversammlung, dem Träger basis & woge e.V. in 2018 für die Maßnahme Villa Dulsberg 55.000,00 EUR aus dem Quartiersfonds zur Verfügung zu stellen.“

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : SPD, CDU, GRÜNE
Gegenstimmen :
Stimmenthaltungen : DIE LINKE



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

7.16	Unzureichende Rahmenzuweisungen 2018 im Bezirk Hamburg-Nord Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses Drucksache: 20-5100	ungeändert beschlossen
-------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Jugendhilfeausschuss hat sich in seiner Sitzung am 29.11.2017 mit dem o.g. Thema auf Grundlage eines gemeinsamen/interfraktionellen Antrages befasst und die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Jugendhilfeausschuss fordert die bezirkliche Verwaltung und die BASFI auf, die dahinterstehende Strategie der Jugendhilfeplanung zu erläutern, mit den Ausschussmitgliedern in einen ergebnisoffenen Diskurs zu gehen und sich dafür einzusetzen, dass eine Mittelverstärkung in der Rahmenzuweisung erreicht wird.“

Begründung:

Der Jugendhilfeausschuss hat im Rahmen der Haushaltsberatungen festgestellt, dass in den Rahmenzuweisungen für das Jahr 2018 mindestens 120.000 € fehlen. Gleichzeitig ist nicht gesichert, dass die Gelder für die Integration von jungen Geflüchteten in die offene Kinder- und Jugendarbeit für den kommenden Haushalt weiter bewilligt werden. Hierdurch entsteht für die Kinder und Jugendarbeit (OKJ, Famfö, SAE) eine erhebliche Finanzierungslücke. Die erfolgreiche Arbeit der Träger wird seit Jahren durch „Kürzungen“, die bei gleichbleibender Zuwendung und steigenden Bedarfe (Integrationsaufgaben, Tarifsteigerungen, Verbraucherpreise) auftreten, immer weiter eingeschränkt und anstatt die erforderlichen Strukturen zu stärken werden sie immer mehr abgebaut.

Durch die nicht auskömmliche Rahmenzuweisung ist die gute integrative und inklusive Arbeit der Träger im Sozialraum gefährdet. Diese müsste im Gegenteil gestärkt und gesichert werden, um die Kinder und Jugendlichen im Bezirk adäquat zu versorgen.

Der Jugendhilfeausschuss stellt fest, dass für eine Aufrechterhaltung der notwendigen Jugendhilfeangebote in Hamburg-Nord die zugewendeten Mittel der BASFI nicht auskömmlich sind. Gerade in Hinblick auf wachsende Bevölkerungszahlen und der allgemeinen Kostenentwicklung sorgt die hanseatische Schuldenbremse von 2012 bei gleichbleibender Zuwendung für eine Verknappung des Angebots. Das führt zu einer Unterversorgung der Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt, was aus unserer Sicht nicht hinnehmbar ist. Das entspricht unserer Auffassung nach keiner nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung in der Jugendhilfe.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT
der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

7.17	Verkehrslärmbelästigung an der Aussichtsplattform am Flughafen	ungeändert beschlossen
	Drucksache: 20-5114	

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 04.12.2017 mit der Thematik befasst und auf der Grundlage eines interfraktionellen Antrages einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Die Bezirksversammlung Hamburg-Nord bittet das Vorsitzende Mitglied, sich bei der Innenbehörde dafür einzusetzen, dass die Soko ‚Autoposer‘ und/oder ähnlich geeignete Einheiten der Polizei, sich umgehend und nachhaltig (auch und gerade im Sommer 2018) und mit Priorität den massiven (siehe Messungen im Anhang) Verkehrslärmbelästigung an der Aussichtsplattform am Flughafen ‚Coffee to fly‘, Holtkoppel 100, sowie den umliegenden Straßen Holtkoppel, Wrangelkoppel und der B433 Umgehung Fuhlsbüttel (Flughafen) annimmt und ggf. verkehrsberuhigende Maßnahmen ergreift.“

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

7.18	Heerwisch - Mehr Straßenbäume für Langenhorn! Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel Drucksache: 20-5116	ungeändert beschlossen
------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 04.12.2017 mit der Thematik befasst und auf der Grundlage eines Antrages von SPD- und GRÜNE-Fraktion einstimmig bei Enthaltung der CDU-Fraktion folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

1. Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, ob unter Nutzung der Flächen noch vorhandener Radweg-Fragmente in der Heerwisch Bäume gepflanzt werden können.
2. Falls für ausreichend große Baumscheiben mehr Platz benötigt wird, als durch Nutzung des ehemaligen Radwegs generiert werden kann, soll die Verbreiterung der Fläche der Baumscheibe nach Möglichkeit in Richtung der Fahrbahn geschehen. Sollte das nicht möglich sein oder auch nicht ausreichen, so soll im Bereich der Baumscheibe der Gehweg auf kurzem Abschnitt eingengt werden. Die Gehwegbreite soll aber in keinem Fall 1,50 Meter unterschreiten.
3. Die möglichen Baumpflanzungen sollen samt Herrichtung der Baumscheiben möglichst aus den Zahlungen finanziert werden, die andernorts als Ausgleich für Baumfällungen geleistet wurden.

Begründung:

Alle politischen Akteure sind sich über den hohen Wert von Straßenbäumen für die Umwelt und die Bürgerinnen und Bürger einig. Trotzdem ist es bei Verkehrsplanungen bisweilen nicht möglich, die verkehrlichen Ziele ohne Baumfällungen zu erreichen. Bei bezirklichen Planungen werden diese Bäume notfalls auch außerhalb des Plangebietes, auf jeden Fall aber in engem zeitlichen Zusammenhang mit der Baumaßnahme und im Erläuterungsbericht dokumentiert nachgepflanzt. Diese Regelung wurde im April 2017 durch den rot-grünen Antrag „Das Prinzip 1:1 gilt auch bei Straßenbaumaßnahmen“ etabliert. Aus der Zeit davor, von Fällungen auf Privatgrund und von Straßenplanungen des Senats gibt es aber immer noch einen „Schuldenberg“ von vielen Bäumen, die gefällt wurden und für die anstelle einer Nachpflanzung eine Ausgleichszahlung geleistet wurde. Ziel ist, mit dem Geld „wenn es eine Möglichkeit gibt“ einen neuen (Straßen-)Baum zu pflanzen. Leider mangelt es eben an diesen Möglichkeiten. Orte, an denen neue Straßenbäume gepflanzt werden könnten, sind immer rar.

Mit diesem Antrag sei die Heerwisch in Langenhorn als Standort für neue Straßenbäume vorgeschlagen. In der Heerwisch wurden die Hochbordradwege vor einigen Jahren im Zuge einer Straßenbaumaßnahme entfernt. Daher verfügt die Heerwisch heute „auf dem Papier“ auch über keinerlei Hochbordradwege mehr. Das bezirkliche Radverkehrskonzept notiert für die Heerwisch als Teil der Bezirksroute 7 (Immenhöven - Foorthkamp - Heerwisch - Grellkamp - Ermlandweg) als Handlungsempfehlung „keine Maßnahmen erforderlich“. Tatsächlich sind aber durchaus noch Radwegfragmente vorhanden - die Radwege wurden nur im Bereich der Einmündungen entfernt. Abseits der Einmündungen sind sie weiterhin vorhanden. Obwohl man in der Heerwisch dank Zone 30 bequem und sicher auf der Fahrbahn radeln kann, werden diese Fragmente bisweilen von Radlern genutzt, die dann spätestens an den Einmündungen ordnungswidrig auf dem Gehweg radeln und dort Fußgänger mit Rollatoren, Rollstuhl oder Kinderwagen behindern.

Auf der Fläche des bisherigen Radweges könnten Bäume gepflanzt werden (vgl. Fotos). Dadurch würden die Radweg-Fragmente noch weiter rückgebaut und funktionslos zerstückelt, so dass eine - auch abschnittsweise - Nutzung für den Radverkehr unmöglich wird. Dies dient zum einen der Sicherheit der Radler selbst (Sichtbarkeit auf der Fahrbahn), zum anderen den Fußgängern, die auf radlerfreie Fußwege hoffen können, sowie Stadtbild und Umwelt in der Heerwisch, die zusätzliche Bäume sehr gut vertragen können.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE
Gegenstimmen :
Stimmenthaltungen : CDU



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 05.12.2017

Öffentlich

7.19	Umgestaltung des Sportplatzes Höpen in Langenhorn Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Fuhlsbüttel-Langenhorn-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel Drucksache: 20-5115	ungeändert beschlossen
------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 04.12.2017 mit der Thematik befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Regionalausschuss nimmt Kenntnis und empfiehlt der Bezirksversammlung die fehlenden
€ 70.000,- aus Mitteln der BV oder des Quartiersfonds zu finanzieren.“

Begründung:

Sportplatz Höpen

Der Sportplatz Höpen befindet sich in der Verwaltung des Bezirksamtes Hamburg-Nord. Es handelt sich um einen Platz mit Naturrasen. Er wurde vor mehreren Jahren aus der Nutzung durch Vereine herausgenommen, da keine entsprechende Nachfrage mehr vorhanden war und die äußeren Bedingungen nicht mehr zeitgemäß (es gibt z.B. kein Umkleidehaus). Seitdem wird der Platz für Freizeitfußballer vorgehalten. Der Platz ist sehr groß, so dass 4 Kleinfeldtore aufgestellt wurden und nun i.d.R. 4 Mannschaften parallel spielen. Auf dem Platz wird eine regelmäßige Grundpflege (Rasenschnitt) durchgeführt, aber entsprechend der Nutzung keine aufwändigen Instandhaltungsmaßnahmen. Durch die Nutzung der letzten Jahre muss der Platz grundlegend saniert werden. Das Bezirksamt will den Naturrasen erhalten, der Bedarf an zusätzlichen Outdoor-Sportangeboten wurde in einem Beteiligungsverfahren mit Nutzern und Anwohnern geklärt.

Flüchtlingsunterkünfte in Langenhorn

Langenhorn hat mit rd. 1250 Plätzen die meisten Unterkunftsplätze in Hamburg-Nord. Diese liegen in den Unterkünften Fieberstraße, Langenhorner Chaussee 321, Jugendparkweg und P+R Kiwitteemoor.

Zusätzlich entsteht in fußläufiger Entfernung zum Sportplatz Höpen in Fuhlsbüttel-Nord aktuell die Unterkunft Ohkamp aus dem Senatsprogramm Unterkunft mit der Perspektive Wohnen (UPW) mit 570 Plätzen.

Weiterhin bestehen über 150 Plätze für unbegleitete minderjährige Ausländer (UmA) des LEB an verschiedenen Standorten.

Mit Ausnahme der Unterkunft Kiwitte Moor handelt es sich durchweg um Unterkünfte, die auf längere Dauer angelegt sind und mit entsprechendem finanziellen Aufwand hergerichtet worden sind oder hergerichtet werden.

Vor diesem Hintergrund steht der Stadtteil Langenhorn aktuell und in den nächsten Jahren vor der Herausforderung, Menschen aus diesen Unterkünften zu integrieren. Aufgrund der zahlreichen Bauvorhaben im Stadtteil kann zudem davon ausgegangen werden, dass perspektivisch auch ein größerer Teil der jetzigen Bewohner von Unterkünften in Wohnungen im Stadtteil ziehen und somit dort verbleiben wird.

Der Sportplatz als Ort der Integration

Der Sportplatz liegt zentral in der Nähe der U-Bahn-Station Langenhorn Markt und wird zurzeit intensiv von Freizeitfußballern genutzt. In der Lokalpolitik (Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel) gibt es seit längerem Bestrebungen, den Platz aufzuwerten und attraktiver als bisher für die Langenhorner und die Bewohner der Unterkünfte zu gestalten. Damit könnte

- die Nutzung des Platzes intensiviert werden;
- dieser gezielt für Aktivitäten von und mit Flüchtlingen genutzt werden;
- ein Ort entstehen, an dem sich Langenhorner und Flüchtlinge beim Sport begegnen;
- ein niedrigschwelliger Ansatz der Integration gefördert werden;
- ggfs. eine Patenschaft mit einem lokalen Sportverein begründet werden;

Zugleich ist die Herrichtung des Platzes ein Signal an den Stadtteil, dass die bisherigen Anstrengungen, die vor Ort durch die Bürgerinnen und Bürger bei der Unterstützung von Flüchtlingen und deren Integration geleistet werden, gesehen und anerkannt werden. Die Bürgerschaft hat für dieses Vorhaben € 185.000,- aus ihrem Integrationsfonds zur Verfügung gestellt (€ 10.000,- für das vorgeschaltete Teilnahmeverfahren und € 175.000,- für die eigentliche Baumaßnahme).

Maßnahmen

Notwendig sind Maßnahmen in Bezug auf die Rasenfläche. Diese dienen dazu, die bestehende Nutzung durch Freizeitfußballer zu erhalten, den Platz für zusätzliche Mannschaften und Angebote attraktiv zu machen und eine bessere Instandhaltung des Platzes zu gewährleisten.

Die gesamte Fläche des Platzes ist allerdings so groß, dass ohne Probleme ein Teil für ein Kleinfeld abgetrennt werden kann oder weitere Angebote aus dem Bereich Outdoor-Sport untergebracht werden können. Da der Platz nicht mehr für offizielle Ligaspiele genutzt wird, ist das Bezirksamt frei in der Aufteilung und Gestaltung der Fläche.

Auf zwei Teilnahmeveranstaltungen am 15.07.2017 und 22.09.2017 (s. Dokumentation in der Anlage) wurden vor Ort mit Anwohnern und Nutzern Vorschläge und Wünsche an die Ausgestaltung des Platzes, aber auch Hinweise und Kritik zusammengetragen, bewertet und diskutiert. Das beauftragte Landschaftsarchitekturbüro entwickelte aus den Ergebnissen die vorliegende Planung, die am 04.12.2017 dem Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel vorgestellt und erläutert wird (s. auch Planentwurf in der Anlage).

Der Gesamtkostenrahmen der vorgestellten Planung übersteigt mit gut € 245.000,- den anvisierten Budgetrahmen (€ 175.000,-) um € 70.000,-. Die Planung umfasst aber nun alle sinnvollen und machbaren Wünsche aus den Teilnahmeveranstaltungen.

Von Seiten des Bezirksamts wurden folgende Prämissen für die Umgestaltung gesetzt:

- Wasser, Beleuchtung, Kunstrasen sind nicht umsetzbar
- ebenfalls nicht umsetzbar sind Skateranlagen, Unterstand und Grillplatz.

Diese Rahmenseetzungen resultieren einerseits aus der Tatsache, dass der Platz nicht bewirtschaftet wird und es für diesen Platz keinen Platzwart gibt. Andererseits sind

zusätzliche Folgekosten aus dem vorhandenen Erhaltungs-/Instandhaltungsetat nicht zu finanzieren.

Das Bezirksamt hat in den entsprechenden Titeln keine verfügbaren Haushaltsmittel, um die fehlenden € 70.000,- zu finanzieren.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen